

ehr alarmiert, In Zuffe- die Kanäle die drang in viele fülle und Not, ragen.

as Beben in en aufgezeich- imm war um berechnete sich e Bodenbeme- n (1 Mikron

Senior der hrer a. D. smäßig guter ensjahr. Der seine Ausbil- de er Lehrer 18 ein halbes Amtes waf- auten Hause ören.

ilch wirt- ein hielt ge- mmlung ab, die Not der einführung icken Grup- d Händler Lands um 11 Güer ammen- llsch für r Viehzucht eferiellisch- on Gefrier- öffentlichen d deutschen ualitätsför- utter, staat- ung, Eilgut- ne Eilgut- zeuzeitliche n Betriebs- verarbeit- feuerliche riebe, ins-

tes Sicht e um die me. Auf icht. roßen, ge- da? Ober r gefiebt? tares in s werden ie kann ihr seine eite Welt achs dazu e machen. üfte den

uf ihrem old! Das ährendes, r sie ge- nur alles nd dann der Tod liebes des hatte ihn ja, ja — und sah u nicht? über sie. warf so helte ihr Wie soll

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M 1.60
Einzelnummer 10 S
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Anzeigenpreise:
Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S
Reklame-Seite 45 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
Sür das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 6113

Nr. 163 Begründet 1827 Samstag, den 16. Juli 1927 Fernsprecher Nr. 29 101. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Die bewaffnete Macht Deutschlands darf keine Land- oder Marinefliegerkräfte umfassen. Also steht's geschrieben in Artikel 198 des „Versailler Vertrags“. Das haben wir auch pünktlich und redlich eingehalten. Später ist einer begrenzten Zahl von Reichswehroffizieren gestattet worden, sich in der Sportfliegerei zu betätigen. Und wohl dieses sportliche Interesse, vielleicht auch der Zufall hat einige nach England zu Privatausflügen beurlaubte und mit den ordentlichen Reisepässen ausgestattete Offiziere veranlaßt, einem militärischen Schaustreigen in Hendon anzuwohnen. Sie waren weder vom Luftministerium noch sonst von einer englischen Staatsbehörde hiezu eingeladen. Also reine Privatleute, die genau so wie jeder andere in- oder ausländische Besucher ihr Eintrittsgeld bezahlt hatten. Macht nichts. In Frankreich schrieb man trotzdem über Verletzung des Versailler Vertrags. Nicht bloß des Artikels 198, sondern auch des Art. 179, wo Deutschland sich verpflichtet, in keinem fremden Land irgend eine Mission des Landheers, der Seemacht oder der Luftstreitkräfte zu beglaubigen. Das tue aber Deutschland, weil es plane, Militärattachés der Botschaft in London beizugeben. England hat nämlich seiner Botschaft in London einen Militär- und einen Marineattaché „akkreditiert“ und dabei die deutsche Regierung erlucht, auch ihrerseits daselbe in London zu tun. Dabei gehen England und auch Italien mit Recht von der Annahme aus, daß „Militärattachés“ keine „militärischen Missionen“, d. h. dauernd abkommandierte Instruktionsoffiziere zu einem fremden Heer sind.

Man sieht, auch hier ist von dem Erbhabenen — und die „große Nation“ nimmt ja für sich die Großzügigkeit in Anspruch — zum lächerlichen nur ein kleiner Schritt. Lächerlich ist auch, ja sogar bössartig, wenn unlängst der belgische Kriegsminister Brocqueville die vollständig verlogene Behauptung in die Welt hinausgeschleuderte, in Belgien sei man recht gut über die Wachenschaften der deutschen Reichswehr unterrichtet: sie beurlaube ihre Mannschaften teilweise schon nach 6 Monaten, aber auch nach 3 und 6 Jahren, also im direkten Gegenatz zum Versailler Vertrag, der eine zwölfjährige Dienstzeit vorschreibe und Deutschland die Bildung von Reserverformationen untersage. Als die deutsche Regierung den verantwortlichen Kriegsminister um Nennung seines Gewährtmanns erluchte, kam von Belgien ein abschlägiger Bescheid.

Der Mann wird wissen, warum er schweigt. Nichtsdestoweniger hat der französische „Temps“ dem Außenminister Briand die Nachahmung dieser „belgischen Politik der Vertuschung“ empfohlen. Das glauben wir gern. Denn dann hat Frankreich wieder einen neuen Vorwand gegen die deutsche Forderung der Räumung der Rheinlande. Wir haben unsere Entwaffnungsverpflichtungen nun reiflos erfüllt. Am 8. Juli hat die Kommission Pawelsz über die erfolgte Fortführung der 34 Betonunterstände im Osten ein Protokoll aufgenommen. Am 9. Juli hat der Reichstag das uns aufgezwungene Kriegsgerätee-geleze angenommen. Deutschland kann heute gegenüber Frankreich mit noch mehr Recht als Gretchen sagen: „Ich habe schon so viel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.“ Es wäre also allerhöchste Zeit — das geben englische und sogar französische Blätter zu —, daß man endlich mit Artikel 431 und mit Locarno Ernst machen wollte. Aber Professor Dr. Hesnard von der französischen Botschaft in Berlin beruhigt uns mit dem famosen Trost: „Die Verständigung kann nur langsam und allmählich vor sich gehen.“ Also „Gebuld“, nur nicht „drängen“ und nicht „fordern“. Inzwischen haufen sich 70 268 Soldaten, darunter nicht weniger als 56 569 Franzosen, in unseren schönen Rheinlanden. Kann man da dem deutschen Volk übel nehmen, wenn es allmählich ungemütlich zu werden droht? Auf der einen Seite spricht man uns als „Großmacht“ an und räumt uns aus diesem Grund einen ständigen Ratsitz im Völkerverband ein, auf der andern Seite gewährt man uns nicht die elementarste Forderung der „Souveränität“, deren sich sogar der geringste mittelamerikanische oder afrikanische Kleinstaat erfreuen darf.

Ja, nicht nur das. Wo wir gehen und stehen, hält man uns wie einen gefährlichen Rötter an der Leine. So z. B. in der Marinopolitik. Nach dem Krieg hat man uns, wie Rußland und Österreich, aus der Reihe der Seemächte erbarmungslos gestrichen. Wir dürfen nur noch 6 Großkampfschiffe (England hat deren 47!), 12 Kreuzer, 24 Torpedoboote mit zusammen 15 000 Mann Bemannung haben. Die andern durften lustig drauf losrüsten, bis es den Vereinigten Staaten und ihrem Präsidenten Coolidge endlich zu stumm wurde. Schon 1921 verbot eine Washingtoner Seebaukonferenz das Weiterbauen zu stoppen. Gelang ihr aber nur bezüglich der Großkampfschiffe. Jetzt soll auch bezüglich der andern Schiffstypen Maß und Ziel gesetzt werden. Aber diese Coolidge-Konferenz in Geni kommt nicht recht vom Fleck. Sie tagt jetzt in der vierten Woche, und dabei streiten Washington und London um die „Seemachtgleichheit“. Der Briten will sie zwar seiner angeführten Schwester zugestehen, aber so wie „er sie auffaßt“. Wenn es so weiter geht wie bisher, so scheitert die Dreimächtekonferenz oder aber gibts eine „Auflösung“, also genau das Gegenteil von dem, was man wollte.

In Frankreich ging es recht unruhig zu. Dem sonst so allgewaltigen Poincaré wollte seine eigene Gefolgschaft nicht mehr recht parieren. So in der von der Regierung vorgeschlagenen Wahlrechtsreform. Es handelt

Krawalle in Wien

Wien, 15. Juli. Im Januar d. J. war es bei einer Kundgebung des nationalen Frontkämpferbunds in Schattendorf (Burgenland) zu einem Zusammenstoß mit dem republikanischen Schutzbund, der ebenfalls eine Kundgebung veranstaltete, gekommen, wobei ein sozialistischer Arbeiter und ein Knabe erschossen und vier Arbeiter und ein weiterer Knabe verwundet wurden. Die Schüsse waren aus den Fenstern eines Gasthauses abgegeben worden. Der Fall wurde gestern vor dem Schwurgericht in Wien verhandelt. Angeklagt waren drei Burgenländer. Die Geschworenen verneinten die Schuldfrage, indem sie gemäß den Aussagen der Angeklagten annahmen, daß sie nur Warnschüsse abgeben wollten, um die Frontkämpfer vor dem Herannahen der Schutzbündler zu warnen. Das Gericht sprach demgemäß die Angeklagten frei. Vor dem Gerichtsgeschehen hatte sich abermals eine Menschenmenge eingefunden, die das Urteil teils mit lauten Psalmen, teils mit stürmischen Heulrufen aufnahmen. Die Polizei konnte die Menge indessen zerstreuen.

Heute früh nun sammelten sich Tausende von Arbeitern, darunter viele Frauen, und marschierten vor die Universität, vor das Rathaus und das Parlamentsgebäude. Ein Sturm auf die Universität wurde von den Studenten und einer kleinen Wache abgesehen. Die Angreifer begnügten sich dann, die Fenster einzumerzen. Erster wurde die Lage am Rathaus und am Parlament. Die Wachen waren dem Andrang gegenüber zu schwach. Da fiel ein Schuß, angeblich aus einem Haus. Das Haus wurde gestürmt. Die Polizei wurde angegriffen und machte nach mehreren Schreckschüssen von den Schußwaffen Gebrauch. Auf Veranlassung des sozialistischen Bürgermeisters befehlt der Polizeipräsident, von der Waffe nur Gebrauch zu machen, wenn die Polizei selbst bedroht sei.

Gegen Mittag rückten Abteilungen des republikanischen Schutzbunds an, um zwischen der Polizei und den Aufständern zu vermitteln. Die Schutzbündler wurden in die Nebenstraßen und die berittene Polizei ganz zurückgezogen. Nun wurde ein Sturm auf die Polizeiwache gegenüber dem Rathaus unternommen. Die etwa 50 Schutzbündler mußten flüchten und darauf wurde das Innere der

Wache zerstört und das Gebäude in Brand gesteckt. Auch die Wachtube in der Lindenfeldgasse wurde gestürmt. Hier gab es die ersten Tote.

Am Scherlingplatz in der Nähe des Parlaments wurde ein Baugerüst an einem vierstöckigen Haus eingerissen, wobei viele verletzt wurden. Mit den Laten usw. wurde teils ein Bombardement gegen die Polizei eröffnet, teils eine Barrikade gegen das Parlamentsgebäude errichtet.

Gleichzeitig richtete sich die Wut der Demonstranten gegen das Gebäude der großdeutschen „Wiener Neuesten Nachrichten“, das gestürmt wurde. Sämtliche Möbel und das Expeditionsmaterial wurden auf die Straße geworfen und verbrannt. Von den Redaktionsräumen konnte die wütende Menge durch die vereinten Anstrengungen der Redakteure, des Geschäftspersonals und der Polizei ferngehalten werden. Im Haus wurde Feuer gelegt, doch konnte der Brand von der Feuerwehr gelöscht werden.

Die Aufregung steigerte sich immer mehr, namentlich als inzwischen auf dem Scherlingplatz auch der Justizpalast gestürmt worden war. Das Innere des Gebäudes wurde verwüstet. Möbel, Akten, Grundbücher usw. wurden zu den Fenstern hinausgeworfen und verbrannt. Bald schlugen Flammen aus den Fenstern heraus, immer höher stieg das Feuer in den Stockwerken und schließlich prasselten die Flammen unter dem Dach vor. Die anrückende Feuerwehr wurde wiederholt zurückgetrieben.

Auf die Vorstellungen verschiedener Politiker, darunter des Präsidenten des Nationalrats, sandte der Polizeipräsident stärkere mit Karabinern bewaffnete Polizeieinheiten nach dem Rathaus und zum Justizpalast, wo die Demonstranten Barrikaden errichtet hatten. Man hörte nun ein langes Gewehrgeknatter. Im Rathaus wurden ein Magistratsbeamter und ein Arbeiter erschossen, fünf schwer verletzt. Unter dem Schuß der Polizei konnte dann auch die Feuerwehr am Justizpalast zur Löschung des Brandes eingreifen.

Der Kampf war auf ein verhältnismäßig kleines Stadtgebiet, in dem die vorgenannten Gebäude liegen, beschränkt; in den übrigen Stadtteilen blieb es ruhig, nur im Bezirk Josephstadt soll ebenfalls geschossen worden sein. Im Parlamentsgebäude fanden Verhandlungen zwischen der Regierung und den Sozialdemokraten statt. Die Zeitungen sind nicht ausgegeben worden.

Zuspitzung der Lage in Wien

Wien, 15. Juli. Es scheint der Eindruck berechtigt, daß die Gefahr des Bürgerkrieges über Wien schwebt. Nach längerem Zögern hat der Polizeipräsident in die Tumulte eingegriffen. Von ungefähr 2 Uhr ab wurde das Gebiet beim Justizpalast und Parlament, sowie die Umgebung des Rathauses mit Gewehrsalven gesäubert. Das Schießen dauerte etwa 3/4 Stunden, und es dürften 20 Salven in die zusammengeballte Menschenmenge gefeuert worden sein. In den Höfen und Räumen des Parlaments liegen Tote und Verwundete in unbekannter Zahl. Die Räumung des Platzes vor dem Justizpalast allein soll etwa 20 Tote ergeben haben. Die Erbitterung ist gegenseitig sehr groß.

Am dem Blutvergießen wenigstens einigen Einhalt zu gebieten, wurde gegen 3 Uhr nachmittags die Weisung erteilt, daß die Schutzbündler abziehen. Der Straßen- und Stadtbahnverkehr ist eingestellt. Gegen Mittag konnte eine regelmäßige Zugverbindung nicht mehr erfolgen, weil das Zugpersonal die Arbeit niederlegte, um zu den Schutzbundabteilungen zu stoßen. Die Verwaltungszüge wurden zum großen Teil von Ausländern gestürmt; in den großen Privatbetrieben ist die Arbeit ebenfalls eingestellt. Um 4 Uhr nachmittags dauerte die Schießerei immer noch an. In der Gegend vom Parlament versuchten die Arbeiter feste Barrikaden zu errichten. Auch das Rathaus ist verbarrikadiert; ein Teil des Justizpalastes wird ein Raub der Flammen werden.

sich um die Rückkehr zum Einmannwahlkreis und die gleichzeitige Ablage an die Listenwahl, wie letztere z. B. in Deutschland zu finden ist. Ein Gefahr das Wertwürdige, daß Poincaré seinen Entwurf mit Hilfe der linken Opposition durchbrachte, während die Rechte verweigerte. Dasselbe drohte bei der Beamtenbesoldungsvorlage. Hier wäre es sogar beinahe zu einer Regierungskrise gekommen. Die Mehrheit der Kammer wollte eine Rückwirkung der Erhöhung, während Poincaré aus finanziellen und währungs- politischen Erwägungen die Rückwirkung bekämpfte. Aber die Kammer hat im letzten Augenblick vor Poincaré kapituliert und dieser sitzt wieder fest im Sattel.

Auch der englische Ministerpräsident Baldwin kam mit einem Reformplan in die Klemme. Derselbe betraf das Oberhaus, dem Lloyd George seinerzeit fast alle Rechte genommen hatte. Das sollte größtenteils wieder rückgängig gemacht werden. Die Liberalen und auch ein großer Teil der Konservativen, also die eigene Partei Baldwins, von der Arbeiterpartei ganz zu schweigen, protestierten und schrien über ein „Attentat auf die Demokratie Englands“. Baldwin, „der Kluge“, zog darauf rasch die Vorlage zurück und erklärte, sie sei kein Entwurf, sondern nur eine Art von „inem Fühler gewesen, um die Stimmung das hohen Unterhauses kennenzulernen. Ein wirklich nachahmenswertes Rezept für andere Regierungen, deren Vorlagen durchfallen sollten.

Unter Reichstag ging am Samstag in die Ferien. Allerdings mit einem Mißklang, der doppelt wehe tut, weil es sich dabei um ein tieferschütterndes Ereignis handelte.

Wir meinen die fürchterliche, in Deutschland bis heute geradegu unerhörte Wetterkatastrophe im Mügglitz- und Gottleubatal: 185 Tote und ein Sachschaden von etwa 100 Millionen Mark. Es wird wohl keinen Deutschen geben, der bei diesen Hiobsnachrichten aus dem sächsischen Erzgebirge nicht von innigstem Mitgefühl für die Heimgesuchten ergriffen wurde.

Ueberhaupt diese Unwetter allüberall in den deutschen Landen! Auch unser liebes engeres Vaterland kann darüber kagen. Man denke an das Unglück im oberen Nagoldtal. Schon freuten wir uns über den raschen Rückgang der Erwerbslosigkeit, da stellen sich neue Sorgen ein, ernste Warner vor dem Uebermut, der nach den Sternen greifen will.

Neuestes vom Tage

Der Reichsschulgesetzentwurf
Berlin, 15. Juli. Zur Beratung des Reichsschulgesetzes werden diejenigen Abgeordneten, die als Vertreter ihrer Fraktionen die parlamentarischen Vorverhandlungen über das Schulgesetz geführt haben, in Berlin erwartet, wo sie Gelegenheit haben werden, sich mit Vertretern der Regierung zu besprechen. Die „Tägliche Rundschau“ betont noch einmal, daß die beiden volksparteilichen Minister ausdrücklich erklärt haben, sie müßten ihrer Fraktion die Stellungnahme zu dem Entwurf in voller Entscheidungsfreiheit überlassen.

Der „Votanzzeiger“ teilt mit, der Entwurf sehe die grundsätzliche Gleichstellung von Bekenntnisschule, Gemeinschaftsschule und Weltlicher Schule vor.

Die Entschädigung der Liquidationsgeschädigten

Berlin, 15. Juli. Das dem Reichsrat überwiesene Liquidationsgeschädigen Gesetz sieht, wie mehrere Blätter mitteilen, einen Betrag von einer Milliarde vor, statt wie im ursprünglichen Entwurf 800 Millionen.

Die neue Gemeindeordnung in Bayern

München, 15. Juli. Der Landtag hat in sechsstündiger Sitzung die neue Gemeindeordnung mit 90 gegen 26 Stimmen angenommen.

Regierungsbildung in Mecklenburg-Strelitz

Neustrelitz, 15. Juli. Nachdem die Versuche der sozialdemokratischen Fraktion, eine Regierung auf Grund des Wahlergebnisses zu bilden, infolge der ablehnenden Haltung der Fraktion für das Handwerk und Gewerbe zu keinem Ziel geführt hatten, wurde seitens der deutschnationalen Fraktion mit der Fraktion der Handwerker, der Volkspartei und der Demokraten verhandelt.

5. Deutscher Tischlertag

Essen, 15. Juli. Zum 5. Deutschen Tischlerstag in Essen waren 200 Vertreter der deutschen Tischlerinnungen in 13 Landesfachverbänden erschienen.

Württemberg

Stuttgart, 15. Juli. Vom Landtage. Der Finanzausschuß des Landtags besprach sich mit der Beteiligung des Staats an der 450jährigen Jubiläumsfeier der Universität Tübingen.

Dann ging der Ausschuß zu der Frage der Regelung der früheren Hofbediensteten über. Finanzminister Dr. Dehlinger hält einen Vergleich für möglich.

Das Schwert von Thule.

Roman von Leontine von Winterfeld-Platen. Copyright by Greiner & Comp., Berlin W 30. (Nachdruck verboten.)

14. Fortsetzung.

Dann fiel sie wieder matt in die Kissen zurück und lauschte auf den Nachwind, der zum Sturm geworden war.

Wo er wohl zu dieser Stunde weilt, mein armer Liebster! Ob seine Seele auch so traurig und heimatlos irrt wie die meine?

Sie schluchzte auf. „Vor seinem Bruder Fridolin hat er in den Knien gelegen und ihn beschworen um sein Erbe.“

So sprach sie halblaut, in Tränen erstickt — mit müder, schwerer Stimme.

Und unablässig, die ganze Zeit, während die andere sprach schrie es in Heilwigs Seele:

Du kannst ihr helfen! Du allein! Die Ruhme hat es auch gefügt! O, sieh ihr großes Leid und ihren Jammer und hilf ihr! Oder willst du schuld daran sein, wenn sie stirbt an ihrem Weh?

In den Fällen, wo die frühere Hofdienstordnung höhere Beträge vorsehe, als die heutige staatliche Befoldungsordnung.

Stuttgart, 15. Juli. Kommunistischer Prozeß. In dem vom Reichsgericht in Stuttgart geführten Prozeß gegen eine Anzahl von Kommunisten wegen Vorbereitung zum Landesverrat u. a. B. beantragte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. von Bagnato die Ladung von 25 neuen Zeugen.

Ein Polizeiverbot. Das Polizeipräsidium hat anlässlich der von der kommunistischen Partei und ihren Hilfsorganisationen auf den 15. Juli 1927 einberufenen Protestversammlung im Saalbau Dintelader den geschlossenen An- und Abmarsch wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit gemäß Art. 125 Abs. 2 der Reichsverfassung verboten.

Vom Arbeitsmarkt. Die bisherige stetige Besserung der Arbeitsmarktlage im Bezirk Stuttgart ist in dieser Woche zum Stillstand gekommen.

Autoverkehrsverband Stuttgart G. m. b. H. Am 13. April d. J. wurde von der Stadt Stuttgart zusammen mit den Amtskörperschaften Eßlingen, Waiblingen, Leonberg, Nürtingen und Amstoberamt Stuttgart ein Verband unter dem Namen „Autoverkehrsverband Stuttgart G. m. b. H.“ gegründet.

Stuttgarter Fremdenverkehr. Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart stiegen im Juni in Bei 43 001 (im Mai 40 665) Uebernachtungen betrug die Bei 43 001 (im Mai 40 565) Uebernachtungen betrug die Belegungsziffer 78,0 (im Mai 72,5) v. H.

Aus dem Lande

Scharnhaußen M. Stuttgart, 15. Juli. Schlecht behobnte Ehrlichkeit. Ein hiesiger Bürgersohn fand auf der Straße zwischen hier und Nieningen eine Mappe mit 6000 Mark.

Der Gesellschafter ist Ihre Zeitung!

Wurzach, 15. Juli. Gefährlichkeit des Hechts. In einem ausgefischten Riedteil, der nun durch das Druckwasser des Riebs schon seit Jahren einen kleinen See bildet, konnte mit der Begang ein Hecht im Gewicht von 3,5 Pfd. gefangen werden.

Meßstetten M. Balingen, 15. Juli. Zur großen Arme. Bergangen Sonntag verschied im hohen Alter von 85 Jahren Jakob Roth.

Tuttlingen, 15. Juli. Starkes Anschwellen der Hegau-Aach. Infolge der niedergegangenen Gewitterregen im Schwarzwald hat sich die Produktion der Aachquelle, die normal 7000 Sekundensliter ergibt, bedeutend erhöht.

Tübingen, 15. Juli. Todesfall. Prof. Dr. Reßler, Privatdozent für Geologie und Paläontologie an der hiesigen Universität, ist im Alter von 45 Jahren einer schweren Erkrankung erlegen.

Beuron, 15. Juli. Priesterweihe. Am Sonntag, den 24. Juli, wird Erzbischof Dr. Karl Fritsch aus Freiburg vier Frates des Klosters Beuron in der Klosterkirche die Priesterweihe erteilen.

Unsaubere Vorkommnisse in der Gastwirtschaft zum „Schwanen“ in Enzstofen haben schon seit langem Enzstofen und die Gögge unverdienterweise in weiten Kreisen in ein schlechtes Licht gebracht.

Ravensburg, 15. Juli. Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag. Wegen des am 24. Juni 1919 gegen das Pfarrhaus in Laimnau erfolgten Sprengstoffanschlags war am 22. Juni 1926 der Zimmermann Johann Walser vom Schwurgericht zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt worden.

Aus Stadt und Land

Es gibt kaum ein besseres Erkennungszeichen für Menschen als ihr Verhalten zu Kindern. Ljosky.

Dennoch

Dennoch ist ein schönes Wort, Dennoch heißt mein Glaube, Dennoch lag ich fort und fort, Ob ich lag' im Staube, Ob ich steh' In der Höh' Auf der Glückes Schimmer, Dennoch lag' ich immer. H arms.

Im Dunkel doch die Sonne schauen, im tiefsten Leide Gott vertrauen, den Kleinmut glaubend niederringen, noch unter Tränen Palmten singen und selber blutend Wunden lindern, das ist die Art von Gottes Kindern. L h. Ködler.

was hoffst du noch von deinem Leben? Ist nicht doch das Schönste von deinem Leben tot, seit du die Heimat lassen mußt?

Mitten im Zimmer stand Heilwig und hatte den Kopf lauschend gehoben. Ihr Angesicht war weiß wie der Tod.

„Du darfst nicht mehr weinen, Elisabeth, hörst du? Denn es wird ja nun alles gut sein — alles, alles gut.“

„Wie kannst du mir das versprechen, Heilwig? Bist du denn Gott?“

Heilwig sah an ihr vorüber in die stürmende Herbstnacht hinaus.

„Glaube mir, Elisabeth, es wird alles gut. Ich schwöre es dir. Morgen früh wird deine Mutter zu dir kommen und dir sagen, daß du ihn heiraten kannst.“

Und es war etwas so Bestimmtes, Stieghaftes in ihren Worten, daß Elisabeth nichts mehr sagte.

Und Heilwig sah regungslos wie ein Marmorbild, und wagte nicht, sich zu rühren.

Ueber die Dünen geht der Nordwind. Unter seinem kalten Kuß beugten sich die grauweissen Stranddäpfel und das lange fahle Seegras.

Im Losen des Sturmes steht einsam ein Mann am Strande.

Er steht steil und aufrecht, die Hände auf sein Schwert gestützt. Das Schwert ist blutig. Und neben ihm wölbt sich ein Hügel wie ein frischtes Grab.

Und alles ist ein stilles, dunkles Grau ringsum, die Regennwolken, die schwer herniederhängen, das Meer und die Dünen.

Die Warnow stromab kommt ein Kahn. Der darin sitzt, braucht weder Ruder noch Segel, denn die Flut treibt ihn ganz von selbst der See zu.

Der Mann am Strande hat mit scharfem Auge den Kahn erspäht, trotz der Dämmerung.

Da sieht der Mann mit dem Schwert, daß das andere ein Weib ist. Sie hat es schwer, gegen den Sturm anzugehen, weil sich der Wind in ihren Kleidern fängt.

So kommt sie langsam den Strand entlang, Schritt für Schritt sich erlampfend im Sturm.

Als sie an dem Manne vorüberkommt, sieht er, daß ihr Gesicht weiß wie Schnee ist und daß ihre Augen starr geradeaus sehen auf die weiten, grauen Wasser.

Und auch das frische Gras zu seinen Füßen. Aber ihr Fuß stockt nicht. Ruhig und furchtlos schreitet sie weiter. Stumm und großlos an ihm vorüber.

(Fortsetzung folgt.)